

Schweizerische Gesandtschaft.

Berlin, den 24 Juni 1890.

Ex circulation
26. VI. 90

fo 34

Hochgeachteter Herr Bundesrath!

Die deutsch-englische Verständigung über Ost-Afrika hat bis jetzt, wie Sie der Presse entnommen haben werden, in dem Lager der deutschen Colonial-Schwärmer und Doctrinäre eine wenig günstige Beurtheilung gefunden. Die Real. Politiker dagegen und diejenige Kreise, welche den deutschen Colonialbestrebungen eine praktische Auffassung der mit diesen Fragen im Allgemeinen und im Speziellen zusammenhängenden Verhältnisse entgegenbringen, erklären sich als durch das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen in der Hauptsache zufrieden gestellt. Es ist ja

Herrn Bundesrath Droz,
Chef des schweiz. Département des Auswärtigen
Bern.



richtig, daß dieses Ergebnis, auf der Karte von Afrika besehen, gegenüber den offiziellen und officiösen Kundgebungen der letzten Zeit, und im Vergleiche mit den Erfolgen des Major's Wissmann und seiner Gefährten, als ein recht bescheidenes erscheint. Beim Lichte besehen wird aber nicht bestritten werden können, daß Deutschland durch dasselbe auch vom exclusiv colonialpolitischen Standpunkte aus betrachtet, einen immerhin nennenswerthen praktischen Erfolg erzielt hat und daß das völlige Einverständnis Englands mit dem Erreichten, sagen wir, daß dieser "magere Vergleich" für Deutschland entschieden günstiger ist und weit sicherere Bürgschaften für eine stätige, gesunde Weiterentwicklung der deutschen Colonisation

in Ost-Afrika bietet, als ein „fetter Proceß“; im Sinne der Begehrlichkeit der hiesigen Colonial-Heißsporne, welcher, so wie nun einmal England in Colonialsachen schaltet und waltet, beständig zu neuen Differenzen hätte führen müssen.

Wegleitend war für die Kaiserl. Regierung bei diesen Unterhandlungen vor Allem die Ueberzeugung, daß von jeder Forderung Umgang genommen werden müsse, welche die guten Beziehungen zu England und die Existenz des derzeitigen englischen Cabinets hätte gefährden können. Dieses allgemein politische Motiv entspricht auch ganz der Auffassung des Fürsten Bismark. Es liegen Kundgebungen des letztern bei

/.

bei den geheimen Akten des Ausw. Amtes, welche nach dieser Richtung an Klarheit und Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig lassen und in welchen es u. A. heisst, dass besser auf ganz Afrika verzichtet würde, wenn, dieser Fragen wegen, die Beziehungen zu England ernstlich gefährdet werden sollten.

Genau so denkt der Kaiser, welcher sich dem auch, obschon er bekanntermaassen der deutschen Colonisation in Afrika das lebhafteste Interesse entgegenbringt, durch die deutsch-englische Verständigung in hohem Maasse befriedigt zeigt. Dass die englische Gegenconception der Abtretung von Helgoland, welche dem deutschen „Gemüthe“ und dem Nationalgefühl Vieles aufzuwiegen scheint,

was in Afrika nicht erreicht worden ist, auch auf den Kaiser persönlich einen gewissen Zauber ausgeübt hat, ist zweifellos. So wurde mir u. A. mitgeteilt, daß bei der persönlichen Ueberreichung des Schwarzen-Adlerordens Seitens des Kaisers an den Reichskanzler von Caprivi ~~der Kaiser~~ die Erwerbung von Helgoland in ganz demonstrativer Weise als Veranlassung für diese Auszeichnung zum Ausdruck gelangt sei.

Ich will noch beifügen, daß die heutigen Morgenblätter eine Erklärung des Vorstandes der Ost-Afrikanischen Gesellschaft veröffentlichen, des Inhalts, daß die ungünstige Auffassung einzelner colonialfeindlicher Blätter über das deutsch-englische Abkommen

/.

von den leitenden Kreisen der gedachten Gesellschaft keineswegs getheilt, sondern daß in denselben von dem Uebergang der Küste an Deutschland eine rapide Entwicklung der Gesellschaft und die günstigste Einwirkung auf den gesammten deutschen Besitz erwartet wird.

Die offizielle Feststellung der gedachten Verständigung soll dieser Tage durch Noten - Austausch erfolgen.

Inzwischen wird hier über die Einzelheiten zwischen Anderson und dem Auswärtigen Amt noch weiter verhandelt. Auch diese Details - Verhandlungen dürften indeß in den naechsten Tagen abgeschlossen werden können.

Von der in der Presse erwähnten Note der bulgarischen Regierung an die Pforte hat man im Auswärtigen Amte Kenntniss. Man legt dort aber dieser neuen Demonstration Bulgariens keine besondere Bedeutung bei und erwartet von der politischen Klugheit Stambulow's, dass er es bei diesem offenbar nur aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Bulgarien und auf die dortige Volksvertretung gethanen Schritte bewenden lassen, bzw. dass er von der angedrohten Selbsthülfe Umgang nehmen werde.

Die Befürchtung, dass die neuerlichen Erklärungen Kaluozky's in den Delegationen eine hochgradige

Verstimmung in Russland hervorgerufen werden, welcher eine ernstere Bedeutung beigelegt werden müßte, soll sich nach den hier eingegangenen Berichten nicht als begründet erwiesen haben.

Diese Erklärungen - wurde mir gestern im Auswärtigen Amt bemerkt - seien in Petersburg allerdings unangenehm vermerkt worden; doch gehe diese Verstimmung nicht über das Maass der gewöhnlichen periodischen Frictionen zwischen dem russischen und oestreichischen Cabinet hinaus.

Auch die (untenstehende) Notiz der National Zeitung (gestrige Abendnummer) kann ich Ihnen auf Grund von zuverlässigen

Von einem unserer italienischen Korrespondenten wird uns gemeldet:
Mailand, 23. Juni, Vormittags. Nach einem Telegramm

der hiesigen „Perseveranza“ sind am Sonnabend in Rom zwei Kabinettskouriere aus Berlin und Wien eingetroffen, welche die Ratifikation des die Tripelallianz bis Ende des Jahres 1895 vorliegenden Vertrages überbrachten.
(Privat-Telegramm der „National-Ztg.“)

Mittheilungen als unbegründet bezeichnen.
 Die Geltungsdauer des Dreibundes auf Grund
 der früheren Abmachungen sei nicht so
 begrenzt - sagte man mir heute - daß der-
 -artige Schritte für die Erneuerung desselben
 jetzt schon in's Auge gefaßt werden müssen.

Das Demissionsgesuch des
 preussischen Finanzministers von Scholz
 wird genehmigt werden. Sicherem Vermuthen
 nach dürfte der derzeitige Oberbürgermeister
 von Frankfurt ^{a/m} Miquel (nationalliberal)
 der Nachfolger von Scholz werden.

Gegenüber dem Auftreten der
 Cholera in Spanien hat die Reichsregierung
 bis jetzt noch keinerlei Maassnahmen
 getroffen und sind solche Maassnahmen

/.

vorläufig auch für die allernächste Zeit
nicht beabsichtigt.

Gehehnigen Sie, Herr Bundesrath,
die erneuerte Versicherung meiner
ausgezeichneten Hochachtung.

Ihr ergebener.

M. Roth